

Abweichungen ggü. Haushaltplan
(- Verbesserung / + Verschlechterung)

	Veränderung	davon: strukturell	davon: aus zeitl. Verschiebung aus Vorjahren	davon: aus zeitl. Verschiebung in Folgejahre
0.10 Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	-219.300	-222.100	237.800	-235.000
0.11 Amt für Personal und Allgemeine Dienste	-388.000	-308.000		-80.000
0.20 Amt für Finanzwesen	-23.000	-23.000		
0.22 Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft	-3.604.037	-3.096.342	569.405	-1.077.100
0.91 Allgemeine Finanzwirtschaft	-301.200	-301.200		
01 Dezernat 1	-4.535.537	-3.950.642	807.205	-1.392.100

Abweichungen ggü. Haushaltplan
(- Verbesserung / + Verschlechterung)

	Veränderung	davon: strukturell	davon: aus zeitl. Verschiebung aus Vorjahren	davon: aus zeitl. Verschiebung in Folgejahre
0.10 Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	-1.189.100	-6.000	563.100	-1.746.200
0.11 Amt für Personal und Allgemeine Dienste	139.000		350.000	-211.000
0.22 Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft	-9.301.900	137.100	16.483.500	-25.922.500
01 Dezernat 1	-10.352.000	131.100	17.396.600	-27.689.800

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteile dieses Berichtes.

22/11/19 

Datum / Unterschrift Dezernentin

ANLAGE 1

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der **Ergebnisrechnung** im Dezernat 1

Amt 10	Veränderungen in €
- Inanspruchnahme von Ermächtigungsübertragungen (zeitliche Verschiebung aus Vorjahren) für verschiedene IT-Projekte und Maßnahmen (z. B. Digitalisierung von Vermessungsunterlagen, verschiedene Hardwarebeschaffungen)	168.800
- Inanspruchnahme Vorjahresermächtigung f. Führungskräftequalifizierung	65.000
- Mehrbedarf(substanziell) für zusätzlich erforderliche Microsoft-Lizenzen (Server und Arbeitsplätze)	118.000
- Verschiebung von IT-Projekten in Folgejahre (z. B. Einführung von neuen Softwareprodukten zur Abrechnung rettungsdienstlicher Leistungen, KFZ-Zulassung, usw.)	-100.000
- geringere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung „DMS“ (E-Akte) für Schulungen (80 T€, Übertragung nach 2020) und Soft- + Hardwarewartung (substanziell)	-130.000
- geringere Aufwendungen für Softwarewartung wg. Verzögerung weiterer Projekte (z. B. Telefonzentrale) und geringere Kosten für Etagenkopierer nach Neuausschreibung	-134.100
- Wenigerausgaben für Dienstleistung i. R. Netzwerk, geringerer Ausbau der Telearbeit, Verzögerungen bei der Einrichtung eines 2. Rechenzentrums, davon 55 T€ Übertragung nach 2020	-140.000
- Sonstige Veränderungen, insbesondere geringere Aufwendungen für verschiedene externe Dienstleistungen	-67.000
Summe	-219.300

Amt 11	Veränderungen in €
- geringerer Umlagebedarf des Studieninstitutes aufgrund geringem Verlust	-143.000
- Erträge aus der Rückabwicklung einer Altersteilzeitregelung (gegenläufig höhere Personalaufwendungen)	-110.000
- zeitliche Verschiebung der Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit zur Personalgewinnung ins kommende Jahr	-80.000
- Sonstige Veränderungen (z. B. geplanter Mehrbedarf für Portoanhebung wurde erst in der 2. Jahreshälfte wirksam)	-55.000
Summe	-388.000

Amt 20	Veränderungen in €
- Mindererträge aus Erstattungen Dritter und Gebühren für Vollstreckungsmaßnahmen	20.000
- voraussichtlich geringere Abschreibungen auf Forderungen	-43.000
Summe	-23.000

Amt 22	Veränderungen in €
<u>Beteiligungen / Liegenschaften / Versicherungen</u>	
- höhere Dividenden / Gewinnausschüttungen (KSK 1.410 T€, BRS 500 T€, RSAG AöR 250 T€, RSAG mbH 18 T€, Radio BN/RS 10 T€)	-2.188.000
- höhere Steuerzahlungen aufgrund höherer Gewinnausschüttung BRS	132.000
- sonstige Veränderungen, z. B. aus Spitzabrechnungen von Verkehrsverlusten 2018	-155.000
<u>Gebäudewirtschaft</u>	
- Verbesserungen aufgrund zeitlicher Verschiebungen der Sanierung Berufskolleg Hennef	-600.000
- Verbesserung aus weiteren zeitlichen Verschiebung (insbes. Lüftung Turnhalle BK Hennef 500 T€)	-560.000
- geringere Aufwendungen für erforderliche Sofortmaßnahmen am BK Troisdorf	-500.000

Controllingbericht

- späterer Mittelabruf Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für die Sanierung BK Bonn	900.000
- Sonstige Veränderungen. per Saldo	4.000
<u>Straßenbau:</u>	
- Verbesserungen aufgrund zeitlicher Verschiebungen des behindertengerechten Umbaus von Bushaltestellen	-90.000
- Verbesserung wegen haushaltsrechtlicher Veränderungen (KomHVO), nunmehr investiv abzuwickelnden Instandsetzungsmaßnahmen an Kreisstraßen	-245.000
- Schlusszahlung Zuwendung Land für ältere Fördermaßnahme (K50, Ortslage Büchel)	-141.000
- Sonstige Veränderung, z. B. Kostenerstattungen Dritter im Rahmen von Straßeninstandsetzungen	-121.000
<u>Wohnungsbauförderung</u>	
- höheres Gebührenaufkommen wg. gestiegener Anzahl Förderanträge und höherem Fördervolumen	-40.000
Summe	-3.604.000

Allgemeines Finanzwesen	Veränderungen in €
- niedrigere Zinserträge durch Neuvereinbarung der an die BRS vergebenen Darlehen (Konditionen waren zum Zeitpunkt der HHP-Aufstellung noch nicht abschließend bekannt); gegenläufig höhere Dividendenerträge BRS, siehe Amt 22)	780.000
- Verbesserungen nach endgültiger Festsetzung GFG 2019	-21.200
- geringere Zinsaufwendungen durch spätere Kreditaufnahme sowie sehr niedrigem Zinsniveau	-560.000
- Zuweisung nach § 14c Teilhabe- und Integrationsgesetz, insgesamt rd. 1,9 Mio. €; hier: Verwendungsanteil 2019 (vorsichtige Schätzung)	-500.000
Summe	-301.200

ANLAGE 2

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der **Investitionen** im Dezernat 1

Amt 10	Veränderungen in €
Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für folgende Maßnahmen:	
- Durchführung diverser Beschaffungen im Hard- u. Softwarebereich (u.a. für mobiles Arbeiten, Straßendatenbank, Selbstbedienungsterminal zur Erfassung biometrischer Daten für Ausländerbehörde)	313.100
- Auszahlungen für Dokumentenmanagementsystem (Hard- und Software)	250.000
Verschiebungen in Folgejahre aufgrund von Verzögerungen bei folgenden Maßnahmen:	
- Auszahlungen für die Erneuerung der Telefonanlage / Erweiterung der Netzwerk-Infrastruktur	-679.000
- Aufbau einer WLAN-Infrastruktur	-340.000
- neues Backup-System	-255.000
- Verzögerung bei der Einrichtung des Ausweich-Rechenzentrums / 2. Standort	-130.000
- Erwerb verschiedener Software (Controlling/Berichtswesen Amt 50, Erweiterung Gleitzeit Personaleinsatzplanung (38), Software zur Steuerung und Planung von Baumaßnahmen)	-120.000
- Beschaffung von Servern zum Austausch / Verbesserung der vorhandenen Serverfarm	-166.000
- Sonstige Verschiebungen in Folgejahre (z. B. diverse Hardwarebeschaffungen)	-56.200
Strukturelle Veränderungen:	
- per Saldo Wenigerauszahlungen, Verzicht auf Fachmodule K3 Umwelt	-6.000
Summe	-1.189.100

Amt 11	Veränderungen in €
- zusätzliche Auszahlungen aus Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren für Beschaffungen von Mobiliar in Abhängigkeit des Baufortschritts bei der Brandschutzsanierung	350.000
- Verschiebung von Auszahlungen für die Beschaffung von E-Fahrzeugen (wg. Vergabeverfahren und Lieferzeiten); dem entsprechend auch spätere Einzahlung aus Fördermitteln, per Saldo	-211.000
Summe	139.000

Amt 22	Veränderungen in €
<u>Gebäudewirtschaft</u>	
Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für folgende Baumaßnahmen:	
- Sanierung Schulgebäude SQ Alfter	847.000
- Neubau Rettungswache Swisttal	799.000
- Grundstückskauf Rettungswache Ruppichterath	190.000
- Erweiterung Infotheke Kreishaus	150.000
- Sanierung ES Alfter-Witterschlick	120.000
- Abruf KInvFöG Fördermittel SQ Alfter	-500.000
- Sonstige Maßnahmen	116.000
Verschiebungen in Folgejahre aufgrund von Verzögerungen bei folgenden Baumaßnahmen:	0
- Sanierung Schulgebäude BK Hennef	-6.950.000
- Neubau Jugendhilfezentrum Eitorf	-3.000.000

Controllingbericht

- Neubau Rettungswache Much	-1.300.000
- Neubau Rettungswache Bornheim	-1.450.000
- Neubau Rettungswache Ruppichteroth	-1.000.000
- Brandschutz Kreishaus inkl. LAN	-225.000
- Erwerb Grundstück Gefahrenabwehrzentrum und Planungskosten	-440.000
- Ladeinfrastruktur Tiefgarage	-100.000
- späterer Abruf KInvFöG Fördermittel Sanierung ES Alfter-Witterschlick	500.000
- späterer Abruf KInvFöG Fördermittel JHZ Eitorf	280.000
- sonstige Maßnahmen	-80.200
 Strukturelle Veränderungen:	
- Sanierung Schulgebäude SQ Alfter (Mehrkosten)	150.000
 <u>Straßenbau</u>	0
Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für folgende Baumaßnahmen:	0
	0
- K14 Fahrbahn Wachtberg-Gimmersdorf	2.000.000
- K6 OD Hennef-Hanfmühle	840.000
- K61 OD Swisttal-Heimerzheim	350.000
- K 18 Fahrbahn Eitorf-Mühleip	300.000
- K56 Oberbausanierung Rheinbach-Berscheid	125.000
- verschiedene weitere Maßnahmen in jeweils geringerem Umfang	134.300
 Verschiebungen in Folgejahre aufgrund von Verzögerungen bei folgenden Baumaßnahmen:	0
	0
- K19 Erneuerung Stützwand Hennef-Stein-Blankenberg	-750.000
- K61 Rheinbach-Niederdreies	-500.000
- diverse Maßnahmen	-265.000
- Neubau von Radwegen an Kreisstraßen	-125.000
- K29 Neubau DB-Brücke	-80.000
- K1 Umbau Alfterer Straße inkl. Grunderwerb	-85.000
- K18 Eitorf von Keuenhof nach Bitze, Grunderwerb	-60.000
 Strukturelle Veränderungen:	
- K6, OD Hennef-Hanfmühle - höhere Kostenanteile Dritter	-103.000
- K61 Rheinbach-Niederdreies nach Swisttal, höhere Kosten Grunderwerb	90.000
 geringere Einzahlungen aufgrund späterem Abruf von Zuweisungen (Verschiebung in Folgejahre) für:	0
	0
	0
- K1 Umbau Alfterer Straße	500.000
- K14 Wachtberg-Gimmersdorf	220.000
Summe	-9.301.900

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 1

Amt 20

Derzeit ist unklar, in welchem Umfang die Integrationspauschale nach 14c des Teilhabe- und Integrationsgesetzes, welche der Rhein-Sieg-Kreis für Aufwendungen zur Integration von insbesondere Asylbegehrenden, anerkannten Schutzberechtigten und Geduldeten in Höhe von einmalig rd. 1,93 Mio. € erhält, zweckentsprechend verwendet werden kann. Da die Verwendungsmöglichkeiten seitens des Landes sehr eng gefasst sind, wird derzeit geklärt, in welchem Umfang zuwendungsfähige Aufwendungen in 2019 entstanden sind.

Es können sich hieraus noch Mehr- oder Mindererträge gegenüber der aktuellen Prognose ergeben.

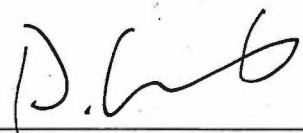
ErgebnishaushaltAbweichungen ggü. Haushaltplan
(- Verbesserung / + Verschlechterung)

	Veränderung	davon: strukturell	davon: aus zeitl. Verschiebung aus Vorjahren	davon: aus zeitl. Verschiebung in Folgejahre
0.50 Sozialamt	-11.691.086	-11.781.386	90.300	
0.52 Versorgungsamt	8.221	8.221		
0.53 Gesundheitsamt	-160.200	-160.200		
2.07 Stabsstelle - Kommunales Integrationszentrum -KI-	26.000	26.000		
02 Dezernat 2	-11.817.065	-11.907.365	90.300	

Investitionen

Im Bereich der investiv veranschlagten Haushaltsmittel ergeben sich keine wesentlichen Änderungen.

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 2) sind Bestandteile dieses Berichtes.

15.11.19 

Datum / Unterschrift Dezernent

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der **Ergebnisrechnung** im Dezernat 2

Amt 50	Veränderungen in €
<u>0.50.10. - Verwaltungskosten Krankenhilfe</u> Die Verwaltungskosten für die Krankenhilfe nach dem AsylbLG, die entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom Kreis mit den Kommunen abgerechnet werden, orientieren sich an der Höhe der Leistungen bzw. der Zahl der Leistungsberechtigten. Die Entwicklung der Asyl-Fallzahlen bzw. der Aufwendungen für Krankenhilfe im Asyl-Bereich ist rückläufig; dies hat sinkende Erträge zur Folge.	150.000 €
<u>0.50.10. - Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen</u> Die Transferaufwendungen sowie die Fallzahlen entwickeln sich im Vergleich zu 2018 rückläufig (u. a. in Folge von Kostenverlagerungen durch das Inklusionsstärkungsgesetz zum LVR), so dass sich zu den Prognosen zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung (es wurde mit einer höheren Kostensteigerung gerechnet) – unter Berücksichtigung der entsprechenden Erträge – eine deutliche Verbesserung abzeichnet.	-904.000 €
<u>0.50.10. - Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen</u> Eine kontinuierliche Steigerung der Pflegekosten im ambulanten Bereich führt bei gleichbleibenden Fallzahlen zu höheren Aufwendungen; dies insbesondere bei den kostenintensiven sog. 24h-Fällen.	160.000 €
<u>0.50.10. - Hilfe zur Pflege in Einrichtungen</u> Die bei der Haushaltsplanung angenommene Fallzahlen- und damit einhergehende Kostenentwicklung ist nicht in diesem Umfang eingetreten. Dem gegenüber stehen höhere Erträge als im Rahmen der Veranschlagung erwartet.	-574.000 €
<u>0.50.10. - Pflegegeld</u> Die im Rahmen der Haushaltsplanung angenommene Fallzahlensteigerung ist nicht eingetreten. Zudem resultiert die Kostenentwicklung daraus, dass noch nicht alle Einrichtungen an das Wohn- und Teilhabegesetz angepasst wurden, so dass eine Förderung mit Pflegegeld in diesen Einrichtungen nicht möglich ist. Aufgrund der geringeren Aufwendungen entwickeln sich auch die Erträge moderater als erwartet.	-665.000 €
<u>0.50.10. - Eingliederungshilfe</u> Aufgrund der Möglichkeit, die das Teilhabeverfahren nach § 19 SGB IX bietet, werden erfolgreich Erstattungsansprüche gegenüber anderen Rehabilitationsträgern geltend gemacht. Daraus resultieren unter Berücksichtigung der übrigen Erträge sowie geringfügig verringerter Aufwendungen per Saldo eine Verbesserung von	-303.000 €
<u>0.50.20. - Zuweisung vom Land "Wohngeldentlastung" SGB II</u> Nach dem aktuell vorliegenden Bescheid der Bezirksregierung entfällt auf den Rhein-Sieg-Kreis ein höherer Zuweisungsbetrag als auf der Grundlage des Vorjahresergebnisses angenommen.	-1.030.000 €
<u>0.50.20. - Bundeserstattung KdU SGB II</u> Bei der KdU-Bundeserstattung ergibt sich ein Minderertrag: Dieser resultiert einerseits aus geringer prognostizierten Netto-KdU-Aufwendungen im SGB II-Bereich, welche die Grundlage für die Erstattungsrechnung bilden (s.u.). Dadurch verringert sich die Erstattung gegenüber der Haushaltsveranschlagung um rd. 3,3 Mio. Andererseits wurden zwischenzeitlich die flüchtlingsbedingten KdU-Mehraufwendungen aus dem Jahr 2018 abgerechnet. Aus der Abrechnung ergibt sich eine nachträgliche Erstattung zu Gunsten des Rhein-Sieg-Kreises i. H. v. rd. 3,3 Mio. €, womit entsprechend der rechtlichen Regelungen der zugesagte Ausgleich realisiert wurde. Basis für die Berechnung ist die aktuelle Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung (BBFestV), die u.a. eine Erhöhung des prozentualen Anteils für die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen von 6,7 auf 8,9 Prozentpunkte vorsieht.	

Die Bundeserstattung für die Bildungs- und Teilhabeleistungen, die nach dem SGB II gewährt werden, wurden im Rahmen der Haushaltsveranschlagung höher prognostiziert, da von höheren Aufwendungen ausgegangen wurde (s. auch unter 0.50.30.). Die Spitzabrechnung der flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen wird weiterhin zeitversetzt erfolgen, für das Jahr 2019 dann somit in 2020. Die Realisierung des 100%-igen Erstattungsbetrages ist nach wie vor risikobehaftet (s. unter „Chancen und Risiken“).

500.000 €

0.50.20. - Kosten der Unterkunft und Heizung SGB II

Die Kosten der Unterkunft (KdU) nach dem SGB II entwickeln sich aktuell moderater als bei der Haushaltsveranschlagung angenommen; es zeichnen sich Minderaufwendungen von ca. 8,5 Mio. € ab. Ursächlich hierfür ist eine allgemein rückläufige Zahl der Bedarfsgemeinschaften im KdU-Leistungsbezug sowie stagnierende Bedarfsgemeinschaftszahlen im Kontext mit Flucht. Eine verlässliche Prognose der KdU ist zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung grundsätzlich schwierig (gleichwohl waren die Aufwendungen im Vergleich zu 2018 bereits rückläufig veranschlagt). Die planerische Unsicherheit verstärkt sich hinsichtlich der zu treffenden Annahmen der Entwicklung der Fallzahlen im Kontext Fluchtmigration. Zu der im unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufwandsentwicklung stehenden Bundeserstattung KdU SGB II s. vor.

-8.500.000 €

0.50.20. - Weitere SGB II-Leistungen

Auch die übrigen Aufwendungen im SGB II-Bereich (wie z. B. Leistungen für Mietkautionen, Erstausrüstung Wohnung und Hausrat etc.) fallen moderater aus, als veranschlagt.

-550.000 €

0.50.20. - Verwaltungskosten jc

Aufgrund der Tarifsteigerungen und im jc rhein-sieg zusätzlich benötigten Personals wurde bei der Planung des Doppelhaushalts von einer höheren Personalkostenerstattung für kommunales Personal ausgegangen. Da die kreisangehörigen Kommunen jedoch aktuell weniger Personal in das jc rhein-sieg entsenden, fällt die Erstattung geringer aus. Daraus resultiert zum einen eine verringerte Weiterleitung von Personalkosten an die Kommunen; zudem führen u. a. die vakanten Stellen zu einem geringeren kommunalen Finanzierungsanteil des Kreises. Per Saldo ergibt sich die ausgewiesene Haushaltsverschlechterung.

530.000 €

0.50.30. - Bundeserstattung für Bildung und Teilhabe

Die Weitergabe der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Bildung und Teilhabe erfolgt kommunalscharf durch das Land NRW; dabei wird der Anteil jährlich neu berechnet und resultiert aus dem Verhältnis der Aufwendungen des RSK an den Gesamtaufwendungen für Bildung und Teilhabe in NRW. Die Abrechnung/Erstattung erfolgt jeweils zeitversetzt, die Festsetzung der Bundeserstattung für die Bildungs- und Teilhabeleistungen (SGB II und BKGG) für das Jahr 2018 ist inzwischen erfolgt; bei der Haushaltsveranschlagung war von höheren Aufwendungen und einer dementsprechend höheren Erstattung ausgegangen worden.

150.000 €

0.50.30. - Bildungs- und Teilhabeleistungen (BKGG)

Zum 01.08.2019 ist das "Starke-Familien-Gesetz" in Kraft getreten, woraus u. a. eine Erhöhung der pauschalen Leistungen (Schulbedarfspaket und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft) resultiert. Dies führt im 2. Halbjahr 2019 zu einer Kostensteigerung, die sich ab 2020 fortsetzen wird.

105.000 €

0.50.40. - Zuschüsse an private Unternehmen

(Förderung ambulanter Pflegeeinrichtungen / Förderung teilstationärer Pflegeeinrichtungen) Die seit dem Inkrafttreten des APG im Jahr 2014 vorgesehene Änderung der Förderung ambulanter Einrichtungen wurde durch Runderlasse des MGEPA zunächst mehrfach hinausgeschoben und ist bislang nicht zum Tragen gekommen, die Förderung erfolgt wie bisher. Es haben einige neue ambulante Pflegedienste/-einrichtungen eröffnet, aber bisher keine Anträge gestellt. Die Aufwendungen sind somit geringer als in der Veranschlagung erwartet.

-700.000 €

0.50.40. - Strategische Sozialplanung

Für die strategische Sozialplanung werden dem Rhein-Sieg-Kreis durch das Land NRW Personalkosten erstattet. Im Rahmen der Veranschlagung war dies noch nicht absehbar.

-92.000 €

<u>0.50.40. – Klageverfahren Wohn- und Teilhabegesetz</u> Aufgrund von ordnungsrechtliche Maßnahmen (Wiederbelegungssperren, Zwangsgeldfestsetzung) zur Umsetzung einer gesetzlichen Anforderung (Einzelzimmerquote von 80% ab 01.08.18) liegen aktuell mehrere Klagen vor. Das OVG hat festgestellt, dass der Gesetzgeber von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, was zu ermessensfehlerhaften Entscheidungen durch die WTG-Behörden führte. Dies führte im Ergebnis zur Rücknahme der Bescheide und erheblichen Anwalts- und Gerichtskosten.	68.000 €
<u>Sonstige Veränderungen im Budget per Saldo</u> Z.B. verringerter Aufwand beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderung, zeitverzögerte Auszahlung von Zuschüssen sowie Umsetzung der Maßnahme-Empfehlungen aus dem Aktionsplan Inklusion und sonstige Leistungen/Sachverhalte.	-36.086 €
Summe	-11.691.086 €

Amt 52 Per Saldo führen verbesserte Erträge aus Landeszuweisungen und Mehraufwendungen im Bereich der Honorare für Befundberichte etc. zu einer geringfügigen Haushaltsverschlechterung.	Veränderungen in € 8.221 €
Summe	8.221 €

Amt 53 <u>0.53.10. Gesundheitsförderung:</u> Aufgrund nach wie vor bestehendem Personalbedarf im schulärztlichen Dienst, dem keine regulären Stellen zu Grunde liegen, ist ein erhöhter Einsatz von Honorarkräften erforderlich.	Veränderungen in € 54.000 €
<u>0.53.20 Gesundheitshilfen:</u> Im Bereich der Gesundheitshilfen sind die in den aktuellen Leistungsvereinbarungen vertraglich festgelegten Stellen bei den Vertragspartnern (hier: Caritas und Diakonie) nur sukzessive besetzt worden, so dass es vereinbarungsgemäß zu Budgetkürzungen bei den Quartals-Auszahlungen gekommen ist.	-134.200 €
<u>0.53.30 Gesundheitsdienstleistungen:</u> Mehreinnahmen ergeben sich im Bereich des medizinischen Dienstes, sowie im Apotheken- bzw. Prüfungswesen durch mehr Prüfungen und mehr Begehungen im Rahmen der Chemikalienüberwachung sowie zusätzliche Personalkontrollen im Apothekenwesen.	-80.000 €
Summe	-160.200 €

Stabstelle 2-07	Veränderungen in €
<u>Zuwendungen und allgemeine Umlagen:</u> Der Landeszuschuss zu den Personalkosten für drei landesgeförderte Stellen (2 Komm-AN-Mitarbeiterinnen, 1 Querschnitt-Mitarbeiterin) verändert sich aufgrund des späteren Beginns der Arbeitsverhältnisse. Darüber hinaus wurden rd. 19 T€ Fördermitteln aus dem Vorjahr in 2019 an das Land zurückgezahlt	16.530 €
<u>Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen:</u> Nicht verwendete IfKuF-Mittel in Höhe von 19.470 € wurden aus 2018 ins HH 2019 übertragen und in Höhe von 19.250 dem Land zurückgegeben. Ein kleiner Restbetrag in Höhe von 220 € wurde im Rahmen des Rucksacks Projekts verbraucht.	19.470 €
<u>Sonstige ordentliche Aufwendungen:</u> Es wird mit Minderausgaben in Höhe von ca. 10 T€ gerechnet.	-10.000 €
Summe	26.000 €

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 2

Amt 50

Nach wie vor besteht ein Haushaltsrisiko aus den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen im SGB II-Bereich: Hinsichtlich der Höhe der Mehraufwendungen ist eine gesicherte Prognose schwierig. Ein Ausgleich ist zwar bislang erfolgt und soll auch weiterhin durchgeführt werden. Da die Erstattung an den Rhein-Sieg-Kreis systembedingt jedoch in Abhängigkeit zu den Kosten aller Kreise und kreisfreien Städte steht, kann deren Höhe bzw. Auskömmlichkeit erst nach der zeitversetzten kommunalen Spitzabrechnung abschließend bewertet werden.

f 4/11/13

Controllingbericht



Dezernat 3

3. Quartal 2019

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2019 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 17 Archiv	0 €	78.775 €	78.775 €
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	-687.965 €		-687.965 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	90.000 €	250.000 €	340.000 €
Amt 51 Jugendamt	-1.562.200 €	0 €	-1.562.200 €
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	0 €		0 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	-2.160.165 €	328.775 €	-1.831.390 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	602.000 €	220.500 €	822.500 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	0 €		
Amt 51 Jugendamt	0 €		
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	0 €		
Gesamtveränderungen Investitionen	602.000 €	220.500 €	822.500 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

31.10.2019

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
Gedenkstätte Landjuden an der Sieg - Verzögerungen bei der Neugestaltung der Gedenkstätte, so dass eine Mittelübertragung nach 2020 erforderlich ist.	78.775
Summe Amt 17	78.775
<u>Amt 40</u>	
Berufskollegs: Zuweisungen des Bundes für das ERASMUS-Programm, an dem die Berufskollegs teilnehmen.	184.000
Berufskollegs: Kosten für ERASMUS - siehe Zeile darüber	-184.000
Berufskollegs: Mieten für Ausweichquartiere Sporthalle Carl-Reuther-Berufskolleg (CRBK) (Brandschaden)	-29.800
Berufskollegs: Zusätzliche Fachberater-Honorare für die Sanierung des CRBK	-38.000
Berufskollegs: Unfallversicherung - Höhere Hebesätze, leichte Steigerung der Schülerzahlen	-28.000
Förderschulen: Weniger Bundeszuweisungen für den Bundesfreiwilligendienst, weil weniger Bundesfreiwillige	-51.000
Förderschulen: Höhere Landeszuweisungen aufgrund höherer Teilnahme an Betreuungsangeboten	29.560
Förderschulen: Höhere Schülerbeförderungskosten, weil mehr Schüler, veränderte Teilstandorte und Erhöhung der Basispreise bei der RSVG	-400.000
Förderschulen: Gebäudereinigung teurer, weil ein zusätzlicher Standort und schlechteres Ergebnis des Vergabeverfahrens.	-50.700
Förderschulen: Beschäftigung von externem Personal aufgrund krankheitsbedingter längerer Ausfälle von Kreispersonal und gestiegenes Aufgabenvolumen (Sanierungen, Umzüge etc.)	-41.800
Förderschulen: Personalkostensteigerung beim Förderndem Offenen Ganztags und der Übermittagsbetreuung, weil mehr Gruppen (s. politische Beschlüsse dazu)	-209.300
Förderschulen: Unfallversicherung, s. auch Berufskollegs	-7.000
Bildungskordinierung: Weniger EFRE-Mittel, weil seit längerer Zeit Personal vakant ist und dafür keine Fördermittel benötigt werden.	-65.000
Bildungskordinierung: Geplante Einnahmen im MINT-Bereich kommen im Haushaltsjahr 2019 nicht zum Tragen, weil weniger Projekte als geplant.	-50.000
Bildungskordinierung: Weniger Aufwand im EFRE-Projekt im Bereich der Sachkosten.	85.000
Bildungskordinierung: Weniger Aufwand im MINT-Bereich, s.o., weil nicht alle geplanten Projekte in 2019 zum Tragen kommen.	50.000
Amtskostenstelle und IT: Personal für IT stand nicht im erforderlichen Maße zur Verfügung.	118.075
Summe Amt 40	-687.965

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 41	
Projekt NS-Medizinverbrechen. Für eine Fachtagung in 2020 fallen Personal- und Sachaufwendungen an, die in diesem Jahr nicht mehr eingesetzt werden. Ermächtigungsübertragung.	40.000
Sportlerehrung - Neukonzeption noch nicht erfolgt. Keine zusätzlichen Kosten, weil in der bisherigen Form durchgeführt.	10.000
Projekt Leistungsportkooperation Bonn/Rhein-Sieg noch nicht in vollem Umfang angelaufen.	10.000
BTHVN 2020 - Erhöhte Zuweisung durch die Jubiläumsgesellschaft für Projekte, hier insbesondere Ludwig goes Kita (Luki), das größte Kreisprojekt.	70.000
BTHVN 2020 - Zuschuss an die Jubiläumsgesellschaft ist bewilligt, wird aber erst in 2020 abgerufen.	200.000
BTHVN 2020 - Eigenanteile kommunaler Projekte werden mittels Ermächtigungsübertragung erst 2020 relevant, weil die Projekte erst in 2020 stattfinden.	10.000
Summe Amt 41	340.000
Amt 51	
Kindertagesbetreuung - Mehrerträge durch erhöhte Landeszuweisungen im Rahmen des Rettungspaketes II	2.105.700
Kindertagesbetreuung - Mehrerträge bei den Elternbeiträgen in den Einrichtungen und erhöhte Fallzahlen bei der Tagespflege.	795.000
Kindertagesbetreuung und Tagespflege - ständig steigender Bedarf für Kitaplätze und Tagespflegeplätze führt zu erheblichen Mehraufwendungen. Hier schlägt sich jetzt in den Betriebskosten der massive Kita-Ausbau der vergangenen Jahre nieder.	-2.696.900
Ambulante Hilfen - auf der Ertragsseite wird mit höheren Kostenerstattungen gerechnet.	228.000
Ambulante Hilfen - Erziehungsbeistandschaften: Anstieg der Fallzahlen, mehr Heranziehungen zur Kostenerstattung durch Dritte.	-97.000
Ambulante Hilfen - Intensive sozialpädagogische Einzelfallhilfe (INSPE): Mehraufwendungen bei der Verselbständigung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern und weitere kostenintensive Fälle.	-210.000
Ambulante Hilfen - Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH): Höhere Fallzahlen als prognostiziert. Grundsätzlich eine effektive familienunterstützende Hilfe, die oft kostenintensive stationäre Hilfen vermeiden hilft.	-270.000
Ambulante Hilfen - Versorgung in Notsituationen: Rückgang der Fallzahlen	70.000
Ambulante Hilfen - Tagesgruppen: Sehr kostenintensive ambulante Hilfe, die aber noch vor stationären Hilfen, auch mit den Eltern arbeitet, den Alltag mit den Kindern besser zu gestalten und mittelfristig die Erziehung wieder selbst zu übernehmen. Anstieg der Fallzahlen.	-150.000
Ambulante Hilfen - Eingliederungshilfen: Weiterer Anstieg der Fallzahlen. Häufig sind zwei parallele Hilfen erforderlich (Autismustherapie und Schulbegleitung).	-343.000
Amtsvormundschaften - mehr Erträge durch Anstieg der Verwaltungskostenpauschale für Unbegleitete minderjährige Ausländer.	16.000
Adoptionsvermittlung - Umstellung des Abrechnungsverfahrens mit den Städten.	35.000

Sachverhalt	Veränderung in €
Stationäre Hilfen - Teilweise Mehrerträge (Transfererträge und Kostenerstattungen anderer Kostenträger), teilweise aber auch Mindererträge, saldiert:	860.000
Stationäre Hilfen - Es sind erheblich mehr Kosten gegenüber Dritten zu erstatten und Fallanstiege bei den Heimunterbringungen.	-1.920.000
Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) - Weiterhin positive Entwicklung bei der Heranziehung und Rückforderung, weil fleißiges und effektives Verwaltungspersonal.	255.000
UVG - Anpassung an das Rechnungsergebnis	-235.000
Amtskostenstelle - weiterhin Kosten für Organisationsberatung	-5.000
Summe Amt 51	-1.562.200
<u>Amt 57</u>	
Summe Amt 57	0

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
Berufskollegs: Aktuelle Beschaffungen und angesparte Mittel aus 2018 wegen zeitlicher Verzögerungen, beispielsweise vom Mittelabruf beim Fortschritt von Sanierungsmaßnahmen abhängig.	456.000
Förderschulen: Aktuelle Beschaffungen und in geringem Umfang angesparte Mittel aus 2018 wegen zeitlicher Verzögerungen, beispielsweise vom Mittelabruf beim Fortschritt von Sanierungsmaßnahmen abhängig - saldiert.	-93.500
Telefonanlagen an allen Schulen - immer in Abhängigkeit vom Breitbandausbau	-144.000
Medienkonzept Förderschulen - immer in Abhängigkeit vom Breitbandausbau	-236.000
Richtfunkerschließung der Schulen	-160.000
Labor Industrie am CRBK - Mittelabruf vom Fortschritt der Sanierungsmaßnahme abhängig.	1.000.000
Summe Amt 40	822.500
<u>Amt 41</u>	
Fehlanzeige	
Summe Amt 41	0
<u>Amt 51</u>	
Fehlanzeige	
Summe Amt 51	0
<u>Amt 57</u>	
Fehlanzeige	
Summe Amt 57	0

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 3

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 17</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 40</u> Risiken: Die Umsetzung des Medienentwicklungskonzeptes für die Schulen des Rhein-Sieg-Kreises, #MEK 2020, kann durch die Unzuverlässigkeit der Telekom und T-Systems, durch Lieferschwierigkeiten der Auftragnehmer für Hard- und Software, durch die sich ständig ändernden datenschutzrechtlichen Vorschriften und durch krankheitsbedingte Ausfälle des IT-Personals gefährdet werden. Für die Förderschulen und Berufskollegs konnten bislang vergleichsweise nur wenige Freiwillige (FSJ und BFD) akquiriert werden. Sollten sich nicht noch ausreichend Freiwillige melden, müssen Unterstützungsleistungen (an den Förderschulen zwingend) eingekauft werden. In Meckenheim-Merl wurde zu Beginn des Jahres sehr kurzfristig ein neuer Teilstandort der Waldschule, Hauptstandort Alfter-Witterschlick, bezogen. In diesem Zusammenhang waren und sind umfangreiche Finanzmittel im investiven Bereich erforderlich, die nach aktuellem Stand aus Einsparungen bei anderen	
<u>Amt 41</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 51</u> Grundsätzlich ist es schwierig für die Teilprodukte der ambulanten und auch stationären Hilfen Prognosen zu tätigen, weil die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können. Hinsichtlich der Anzahl von Neufällen können nur Annahmen getroffen werden. Der Kita-Bereich ist ein stark expandierender Bereich; die Nachfrage nach Kitaplätzen bzw. nach neuen Kindergartengruppen/neuen Kindergärten steigt stetig. Bei der Realisierung von Neubauten kommt es aber immer wieder zu Verzögerungen, so dass sich die Investitionen und auch die Betriebskosten verschieben. Nach der engültigen Verabschiedung des Kibiz wird eine Überprüfung	
<u>Amt 57</u> Fehlanzeige	

ErgebnishaushaltAbweichungen ggü. Haushaltplan
(- Verbesserung / + Verschlechterung)

	Veränderung	davon: strukturell	davon: aus zeitl. Verschiebung aus Vorjahren	davon: aus zeitl. Verschiebung in Folgejahre
0.39 Veterinär- u. Lebensmittelüberwachung	65.000	65.000		
0.62 Amt für Katasterwesen und Geoinformation	-60.000	-60.000		
0.63 Bauaufsichtsamt	3.500	-18.900	22.400	
0.66 Amt für Umwelt- und Naturschutz	-7.200	16.700	86.300	-110.200
04 Dezernat 4	1.300	2.800	108.700	-110.200

InvestitionenAbweichungen ggü. Haushaltplan
(- Verbesserung / + Verschlechterung)

	Veränderung	davon: strukturell	davon: aus zeitl. Verschiebung aus Vorjahren	davon: aus zeitl. Verschiebung in Folgejahre
0.39 Veterinär- u. Lebensmittelüberwachung	45.000		45.000	
0.66 Amt für Umwelt- und Naturschutz	153.000		153.000	
04 Dezernat 4	198.000		198.000	

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteile dieses Berichtes.

18.11.19



Datum / Unterschrift Dezernent

ANLAGE 1Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der **Ergebnisrechnung** im Dezernat 4

Amt 39	Veränderungen in €
- Verbraucherschutz: Rückgang der OWI-Verfahren durch nicht besetzte Stellen	5.000
- Schlachttier- und Fleischuntersuchung: Rückgang der Gebühreneinnahmen (insb. durch sinkende Zahl von Schlachttieren)	40.000
- Tiergesundheit/Veterinärwesen: signifikanter Rückgang der Einnahmen für Seuchenfreiheitsbescheinigungen, da diese kaum noch benötigt werden	20.000
Summe	65.000

Amt 62	Veränderungen in €
- Vermessung: Mehreinnahmen durch steigende Zahl von Vermessungsanträgen	-40.000
- Kataster: Eigentümer kommen ihrer Einmessungsverpflichtung inzwischen vermehrt nach, so dass die Einnahmen zurückgegangen sind	30.000
- Bodenordnung: Verbesserung durch 2 Anträge mit überdurchschnittlichem Gebührenaufkommen	-50.000
Summe	-60.000

Amt 63	Veränderungen in €
- Bauverwaltung: Mehreinnahmen Verwaltungsgebühren, Zwangs- und Bußgelder	-51.000
- Amtskostenstelle: gestiegene Gerichtskosten nach Wechsel der zuständigen Kammer des VG Köln; Intensivierung der Digitalisierung der Bauakten im Zuge der Brandschutzsanie- rung (Inanspruchnahme auch einer Ermächtigungsübertragung aus 2018)	54.500
Summe	-3.500

Amt 66	Veränderungen in €
- Abfall: voraussichtlich erforderliche Ersatzvornahme noch in diesem Jahr	15.000
- Wasser: erhöhter Eingang von Anträgen	-48.000
- Boden, Abgrabungen: 2019 nicht benötigte Mittel für ein beauftragtes Gutachten (Abgra- bungssee Stockem-West), und nicht benötigte Mittel für die Maßnahme Huwil; die Mittel werden erst im kommenden Jahr benötigt; Verschlechterung durch die Inanspruchnahme einer Ermächtigungsübertragung aus 2018 insbes. für die Maßnahme Ferster in Bornheim	-66.100
- Immissionen: nicht absehbarer Ertrag durch eine Zwangsgeldzahlung; außerdem nicht benötigte Mittel für Gutachten im Rahmen von Genehmigungsverfahren oder Messungen	-55.400
- Klima: aus dem Vorjahr übertragene Mittel werden für das Energie- und Klimaschutzpor- tal Rhein-Sieg genutzt	2.400
- Natur, Landschaft und Arten: insb. Abrechnung von Landschaftspflegemaßnahmen aus dem Vorjahr	144.900
Summe	-7.200

ANLAGE 2

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der **Investitionen** im Dezernat 4

Amt 39	Veränderungen in €
Beschaffung einer Fahrzeug-Desinfektionsschleuse (Gedeckt durch Übertragung aus dem Vorjahr)	45.000
Summe	45.000

Amt 66	Veränderungen in €
Grunderwerb im Zuge des Naturschutzprojektes chance7 (gedeckt durch Übertragung aus dem Vorjahr)	153.000
Summe	153.000

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 4

Controllingbericht

Dezernat 5

3. Quartal 2019

31/10/19

**Abweichung ggü. Haushaltplan
(+ Verbesserung / - Verschlechterung)**

	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2019 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
05-04 Datenschutzbeauftragter	0 €	0 €	0 €
Amt 14 Prüfungsamt	0 €	0 €	0 €
Amt 30 Rechts- und Ordnungsamt	92.830 €	0 €	92.830 €
Amt 36 Straßenverkehrsamt	60.000 €	0 €	60.000 €
Amt 38 Amt für Bevölkerungsschutz	4.255.550 €	0 €	4.255.550 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	4.408.380 €	0 €	4.408.380 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 36 Straßenverkehrsamt	0 €	-200.000 €	-200.000 €
Amt 38 Amt für Bevölkerungsschutz	0 €	-3.611.500 €	-3.611.500 €
Gesamtveränderungen Investitionen	0 €	-3.611.500 €	-3.811.500 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

i.A.

31.10.2019

Jacobs

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>05-04</u>	
Summe 05-04	0
<u>Amt 14</u>	
Summe Amt 14	0
<u>Amt 30</u>	
0.30.10 Rechtsangelegenheiten: verschiedenes	-5.800
0.30.20 Aufenthaltsregelungen: Fallzahlen erhöht, weniger Prozeßkostenerhöhungen durch Untätigkeitsklagen	60.200
0.30.30 Ordnungsangelegenheiten: Gebühreneinnahmen für für Hausverwalter (Einmaleffekt und höhere Festsetzung von Bußgeldern)	28.430
0.30.40 Staatsangehörigkeit u. Personenstand: Höhere Gebühreneinnahmen durch bessergestellte Antragsteller	10.000
Summe Amt 30	92.830
<u>Amt 36</u>	
0.36.10 Verkehrssicherung: moderate Einnahmeregelerung durch Fallzahlensteigerung	45.000
0.36.20 Erlaubnisse Personenbeförderung u. Güterbeförderung: moderate Steigerung in Taxi-/Mietwagen- u. gewerbl.Güterverkehr	10.000
0.36.30 Zulassung u. Abmeldung: Zurückhaltung beim Fahrzeugkauf scheint überwunden	360.000
0.36.40 Überwachung der Halterpflichten die einträglichen Dieselmückraktionen sind nahezu abgeschlossen	75.000
0.36.50 Fahrerlaubnisse + Überwachung Steigerung durch Zwangsumtausch der alten Führerscheine	170.000
0.36.60 Überwachung des fließenden Verkehrs Fahrbahnsanierungen(L-182)hindern die Inbetriebn. v.Meßstellen u.Mindereinn. auf der A 59 infolge von Staus und Bekanntheit der Anlage	-600.000
Summe Amt 36	60.000

Amt 38**0.38.10: Rettungswesen Gebührenhaushalt**

4.177.750

Der Gebührenhaushalt für den Rettungsdienst des Rhein-Sieg-Kreises wurde im Jahr 2019 per Saldo ausgeglichen geplant. Dabei wurden die voraussichtlichen Erträge und Aufwendungen 2019 auf Basis der ab 01.01.2017 gültigen Gebührensatzung berücksichtigt.

Nach Abschluss der Haushaltsplanung zum Doppelhaushalt 2019/20 wurden dann neue Gebührensätze kalkuliert und vom Kreistag beschlossen. Im Rahmen der aktuellen Gebührensatzung, welche rückwirkend zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist, wurden die voraussichtlichen Kosten für 2019 sowie auch das Defizit aus 2016 (nach § 6 Abs. II KAG NRW sollen Kostenunterdeckungen innerhalb von 4 Jahren ausgeglichen werden) berücksichtigt.

Insbesondere aufgrund der in den neuen Gebührensätzen enthaltenen Defizitabdeckung ergeben sich Mehrerträge im Rettungswesen.

Es ergeben sich niedrigere Aufwendungen, da die Ergänzungsprüfungen für Notfallsanitäterinnen u. Notfallsanitäter nicht in dem Umfang in Anspruch genommen werden wie im Rahmen der Haushaltsplanung angenommen (300.000 €)

Darüber hinaus wurden div. Erweiterungen (insbes. Einricht. NA-Standorte Hennef und Much 535.000 €, Ausweitung der rettungsdienstl. Vorhaltung am Standort Bornheim) aufgrund der noch nicht abgeschl. Rettungsdienstbedarfsplanung entgegen der Haushaltsplanung noch nicht umgesetzt.

0.38.20.04.01 Brandschutzangelegenheiten

5.000

Mehrertrag durch Brandschauen

0.38.10.02: Katastrophen- und Zivilschutz

72.800

Die Beschaffung zur Ausstattung des BTP-500 wird nicht mehr 2019 erfolgen können sondern kann erst 2020 erfolgen.

Summe Amt 38**4.255.550**

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 36 Mit dem in diesem Jahr erhöhten Ansatz war die Beschaffung eines semistationären Messanhängers geplant. Der von hier avisierte Einsatz auf der BAB 3 befindet sich leider noch immer in der Abstimmung zwischen Verordnungsgeber und Interessenverbänden. Parallel wird die Praktikabilität der Gerätschaft auch außerhalb der BAB geprüft. Da mit einer Entscheidung zur Änd. des OBG NRW bis Jahresende nicht mehr zu rechnen ist, die Beschaffung und der Einsatz aber weiter geplant sind, erfolgt hier eine Übertragung der Mittel in voller Höhe ins Folgejahr 2020.	-200.000
Summe Amt 36	-200.000
Amt 38 Investitionen Die im Jahr 2019 erfolgten Investitionen werden aus den Ermächtigungsübertragungen bezahlt, da die Beschaffungen im Vorjahr nicht erfolgen konnten. Der ausgewiesene Saldo fällt daher nicht wirklich dem Haushaltsjahr 2019 zur Last sondern wird durch die übertragenen Ermächtigungen aus 2018 ausgeglichen. Gegenständlich handelt es sich hauptsächlich um die 17 beschafften RTW's und deren Ausstattung.	-3.611.500
Summe Amt 38	-3.811.500

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 5

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>05-04</u>	
<u>Amt 14</u>	
<u>Amt 30</u>	
<u>Amt 36</u> Durch die z.T. bestehende Abhängigkeit von Dritten (Straßen.NRW, Netzbetreiber) kann sich die Wiederinbetriebnahme stationärer Messstellen weiter verzögern, was die Fallzahlen weiter negativ beeinflussen kann. Die Personalbemessung des mobilen Messdienstes ist eng nach dem Dienstplan ausgerichtet. Krankheitsbedingte Ausfälle können somit nur bedingt kompensiert werden, was bei längeren Abwesenheiten zu einer Reduzierung der Messzeiten und damit zwangsläufig auch zu geringeren Fallzahlen führen kann. Die positive Entwicklung bei den Zulassungszahlen kann durch neue oder wieder aufkommende Diskussionen erneut beeinflusst werden. Der lang diskutierte Zwangsumtausch der alten Führerscheine wurde zu Beginn des Jahres umgesetzt. Obwohl der erste Termin (19.01.2022 f.d. Geburtsjahrgänge 1953-1958) noch in weiter Ferne liegt, ist bereits jetzt ein deutlicher Anstieg in den Fallzahlen zu verzeichnen.	
<u>Amt 38</u>	

Controllingbericht

Zusammenfassung der Berichte der Stabstellen

3. Quartal 2019

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stab 01	Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung	28.000 €	-61.100 €	-33.100 €
Stab 02	Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	0 €	-24.800 €	-24.800 €
Stab 03	Gleichstellungsbeauftragte	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Kreistagsbüro	0 €	0 €	0 €
Stab 06	Kommunalaufsicht und Wahlen	0 €	0 €	0 €
Stab 31	Kreispolizeibehörde	5.000 €	0 €	5.000 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		33.000 €	-85.900 €	-52.900 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind aus den Berichten der Stabstellen anliegend zusammengefasst (**Anlage 1**).

Controllingbericht

14/2019

3. Quartal 2019

De 25.10.19

Stab 01 Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung

Abweichung ggü. Haushaltplan 2019
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.90.10	Wirtschaftsförderung	1	-56.200
0.90.11	Regionale Kooperationen	2	0
0.90.20	Strategische Kreisentwicklung	3	-34.500
0.90.30	Verkehr und Mobilität	4	163.900
Summe Veränderung aus Produkten			73.200
zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen			0
zzgl. Veränderungen aus Projekten			-106.300
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			-33.100
nachrichtlich: davon durch zeitliche Verschiebung			-61.100
Veränderungen aus Investitionen			0
nachrichtlich: davon durch zeitliche Verschiebungen			0

Chancen und Risiken

8

24.10.19 i.H. J. Kohlhaas

Datum / Unterschrift Leitung Stäbe

(Erkrankung von Dr. Tiegler)

0.90.10 Wirtschaftsförderung

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
		Ansatz 2019	Prognose 2019	Veränderung		
<u>Erträge</u>						keine Abweichungen erkennbar
<u>Aufwendungen</u>						
	531900	126.400	161.100	-34.700	-34.700	Die Umsetzung einzelner Maßnahmen (Gewerbeflächenportal/ Energieportal; Geschäftsstelle BN Berlin) sind noch nicht abgeschlossen. Der Mehraufwand ist durch eine EÜ gedeckt.
	543900	138.500	160.000	-21.500		Unterdeckung entsteht aufgrund der Kürzung des HH-Ansatzes um 50.000 €. Fehlende Mittel werden voraussichtlich aus dem Budget 0.90 gedeckt werden können.

0.90.11 Regionale Kooperationen

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
		Ansatz 2019	Prognose 2019	Veränderung		
<u>Erträge</u>						keine Abweichungen erkennbar
<u>Aufwendungen</u>						

0.90.20 Strategische Kreisentwicklung

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
		Ansatz 2019	Prognose 2019	Veränderung		
<u>Erträge</u>						keine Abweichungen erkennbar
<u>Aufwendungen</u>						
	542904	10.000	44.500	-34.500	-34.500	Zur Vorbereitung des Dorfwettbewerbs sind ergänzende Maßnahmen im Rahmen "Zukunftswerkstatt Dorf" erforderlich. Der Mehraufwand ist über eine Ermächtigungsübertragung gedeckt.
	</					

0.90.30 Verkehr und Mobilität

Konten	Bezeichnung	Ansatz 2019	Angaben in €		davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
			Prognose 2019	Veränderung		
<u>Erträge</u>						
442300	Kostenerstattung Kommunen	-100.000	-35.500	-64.500	-64.500	Die Kostenbeteiligung der Projektpartner für NKU Stadtbahn Niederkassel und MBS Ausbau Linie 18 verschiebt sich entsprechend der Ausgaben nach 2020.
<u>Aufwendungen</u>						
542901	Honorare, Entgelte	239.000	135.600	103.400	103.400	Die Ausgaben für die Standardisierte Bewertung Stadtbahn Niederkassel und für die MBS Ausbau Linie 18 verschieben sich zum überwiegenden Teil nach 2020.
542904	Aufw. F. Sachverständige/Gutachten	0	25.000	25.000	-25.000	Die EÜ wird in 2019 für die Endabrechnung MiD benötigt.
		100.000	0	100.000	100.000	Die Planungsausgaben zur Verlagerung des Güterverkehrs Rheinuferbahn verschieben sich nach 2020. Sie sind gesperrt. Freigabe muss 2020 im PVA beantragt werden.

Stab 01 - Kostenstellen

Kostenstelle / Bezeichnung	Angaben in €		Veränderung	davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
	Ansatz 2019 (gesamt)	Prognose 2019			
					keine Abweichungen erkennbar
	Saldo		0	0	

Stab 01 - Projekte

Maßnahme		Ansatz 2019 (gesamt)	Angaben in €		Veränderung	zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
4er-PSP-I /	Bezeichnung		Prognose 2019				
4.902002.790.001	RadRegionRheinland	105.000	105.000				
4.902002.790.002	Klosterlandschaft Heisterbach	5.000	9.400	-4.400	-4.400		Im Rahmen der Zweckbindung des Förderprojektes wurden Sanierungsarbeiten angemeldet, die in 2019 erbracht werden. Der Mehraufwand wird gedeckt durch eine EÜ.
4.902002.790.003	Regionale 2025	370.000	407.600	-37.600	-37.600		Mittel werden verwendet für die Mitfinanzierung der Projektentwicklung. Der Mehrbedarf wird gedeckt durch eine EÜ.
4.903004.790.001	Lückenschluss Siegtal-Radweg Windeck-Dreisel	0	50.000	-50.000	-50.000		Der Rechtsstreit mit der Bezirksregierung Köln ist noch nicht abgeschlossen. Der Mehraufwand ist gedeckt durch eine EÜ. Die restlichen Mittel aus der EÜ (1.773.000-50.000= 1.723.000) werden weiterhin gebraucht.
4.903004.790.002	Fortführung Siegtal-Radweg von Rosbach bis Au	0	0				Refinanzierung der Baukosten durch Straßen.NRW (100%)
4.903004.790.002	Fortführung Siegtal-Radweg von Rosbach bis Au	0	0				In 2019 steht eine EÜ i.H.v. 2.100.000 zur Verfügung, die auch noch einmal nach 2020 übertragen werden muss. Der Baubeginn verzögert sich auch weiterhin aus naturschutzfachlichen Gründen.
4.903004.790.004	Ein Rad für alle Fälle	0	13.800	-13.800	-13.800		Es handelt sich um die Schlussrechnung für die Öffentlichkeitsarbeit. Der Mehraufwand wird gedeckt durch eine EÜ. Das Projekt ist abgeschlossen.
4.903004.790.008	Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität (Erträge)	-22.000	-25.000	3.000			Die Maßnahmen zur Förderung der Nahmobilität (geplante Ausg. 30.000) werden zu 70 % vom Land gefördert. Die ME resultieren aus der Spitzabrechnung der Fördermittel für 2018.
4.903004.790.008	Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität (Aufwendungen)	37.500	41.000	-3.500			Die Mehraufwendungen sind durch die Anschaffung einer mobilen Zählstelle entstanden.
		Saldo		-106.300	-105.800		

Stab 01 - Investitionen

Maßnahme		Ansatz 2019 (gesamt)	Angaben in €		davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
PSP-I /	Bezeichnung		Prognose 2019	Veränderung		
5.900001.605.001	Breitbandausbau, Landeszuweisungen	-1.400.000	-381.103	-1.018.897	-1.018.897	Die Zuweisung wird nur im Rahmen der Kostenerstattung gewährt
5.900001.605.002	Breitbandausbau, Bundeszuweisungen	-1.288.000	-383.018	-904.982	-904.982	Die Zuweisung wird nur im Rahmen der Kostenerstattung gewährt
5.900001.605.003	Breitbandausbau, Zuweisungen Kommunen	-112.000	-1.914	-110.086	-110.086	Der Anteil der Kommunen kann erst nach Rechnungstellung der Dienstleister beziffert werden.
5.900001.700.001	Breitbandausbau	2.800.000	766.035	2.033.965	2.033.965	Die Projektdauer verschiebt sich durch spätere Förderbescheide und längere Bauzeiten. Bisher wurden erste Kosten in Höhe von ca. 766.035,- € für die Umsetzung des Breitbandausbaus angemeldet. Die EÜ (13.196.000 €) wird neben dem restlichen Ansatz 2019 (2.033.965 €) für die weiteren Aufwendungen der Dienstleister in voller Höhe benötigt.
		Saldo	0	0	0	

Stab 01 - Chancen und Risiken

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
Bei 0.90.11.02 Kompetenzzentrum Frau & Beruf ist zurzeit noch eine Stelle vakant. Daher werden sich die Aufwendungen und Erträge auf dem Sachkonto 414500 und 525300 dieses Jahr verändern.	

Controllingbericht

3. Quartal 2019

f 4/11/11

Stab 02 Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit, Büro Landrat

Abweichung ggü. Haushaltplan 2019
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.02.10	Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit	1	-24.800
0.02.20	Büro Landrat		0
Summe Veränderung aus Produkten			-24.800
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			-24.800
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung			-24.800

Chancen und Risiken

31.10.19 2.10.19

Datum / Unterschrift Leitung Stab

0.02.10 Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
		Ansatz 2019	Prognose 2019	Veränderung		
<u>Erträge</u>						
<u>Aufwendungen</u>						
543700	Gästebewirtung und Repräsentation	100.000	114.875	-14.875	-14.875	14.875 Euro aus Mittelübertragung für Ferlichkeiten zum Jubiläum"50 Jahre Rhein-Sleg-Kreis"
543800	Werbung	35.000	44.925	-9.925	-9.925	9.925 Euro aus Mittelübertragung für die Anschaffung von neuen Werbemitteln aufgrund eines neu gestalteten Corporate Design für den RSK
						</

Anlage 1

Controllingbericht

3. Quartal 2019

Stab 05 Kreistagsbüro

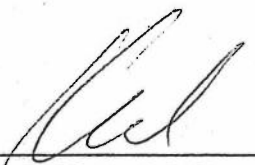
Abweichung ggü. Haushaltplan 2019
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

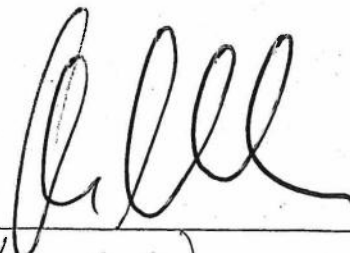
	Anlage	in €
Ergebnishaushalt		
0.05.10 Kreistagsbüro, Fraktionen	bitte Eingabe	0
Summe Veränderung aus Produkten		0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		0
nachrichtlich: davon aus Ermächtigungsübertragungen		0

Chancen und Risiken

bitte
Eingabe

**Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen
Veränderungen absehbar.**

10.10.19 
Datum / Unterschrift Amtsleitung


(Landrat)

Controllingbericht

f 14/10/19

3. Quartal 2019

Stab 06 Kommunalaufsicht und Wahlen

Abweichung ggü. Haushaltplan 2019
(+ Verbesserung/-Verslechterung)

Anlage in €

Ergebnishaushalt

0.06.10	Kommunalaufsicht, Wahlen	bitte Eingabe	0
	Summe Veränderung aus Produkten		0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			0
<u>nachrichtlich</u> : davon aus Ermächtigungsübertragungen			0

Chancen und Risiken

bitte
Eingabe

Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen Veränderungen absehbar.

11.10.19

Datum / Unterschrift Leitung Stab

Controllingbericht

**Kreispolizeibehörde
Zentrale Aufgaben (31)**

3. Quartal 2019

Abweichung ggü. Haushaltplan 2019
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Anlage

in €

Ergebnishaushalt

0.31.10 KPB Zentrale Aufgaben, Polizeiverwaltung	1	5.000
--	---	-------

<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		5.000
--	--	--------------

<u>nachrichtlich</u> : davon aus zeitlichen Verschiebungen		0
--	--	---

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründen der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat 2 (Anlage 2) sind Bestandteil dieses Berichtes.

16.10.15



Datum / Unterschrift Stabstellenleiter

0.31.10 KPB Zentrale Aufgaben, Polizeiverwaltung

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon durch zeitliche Verschiebung	kurze Erläuterung
		Ansatz 2019	Prognose 2019	Veränderung		
<u>Erträge</u>						
431100	Verwaltungsgebühren	-90.000	-95.000	5.000		
<u>Aufwendungen</u>						
54...	ordentliche Aufwendungen	5.150	5.150			
		Saldo		5.000	0	

Anlage 1

Erg.plan PSP lfd. HH

PRSK-02A (010)

Seite: 0 / 0

Selektionsdatum:

15.10.2019 / 14:29:17

Planversion:

Objekt/-Gruppe: 0.31.10.01

KPB Zentrale Aufgaben, Polizeiverwaltung

Verantwortung:

10208 Polizeiverwaltung

Selektionszeitraum: - /

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ergebnis 2019	verfügbar
Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	- 109.675,02 €	- 90.000,00 €	- 81.497,83 €	- 8.502,17 €
Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	- 20,00 €	- €	- €	- €
Ordentliche Erträge	- 109.695,02 €	- 90.000,00 €	- 81.497,83 €	- 8.502,17 €
541600 Dienst- und Schutzkleidung usw.	479,94 €	650,00 €	179,96 €	470,04 €
542700 Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	- €	- €	- €	- €
543100 Büromaterial	867,20 €	500,00 €	2.128,63 €	- 1.628,63 €
543110 Verbrauchsmaterial	378,95 €	500,00 €	1.397,08 €	- 897,08 €
543200 Drucksachen	- €	1.500,00 €	- €	1.500,00 €
543300 Zeitungen und Fachliteratur	565,59 €	1.500,00 €	607,10 €	892,90 €
543700 Gästebewirtung und Repräsentation	15,23 €	- €	- €	- €
543900 Andere sonstige Geschäftsaufwendungen	- €	- €	166,75 €	- 166,75 €
544820 Abschreibung auf Forderungen	720,34 €	500,00 €	223,00 €	277,00 €
Ordentliche Aufwendungen	3.027,25 €	5.150,00 €	4.702,52 €	447,48 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	- 106.667,77 €	- 84.850,00 €	- 76.795,31 €	- 8.054,69 €

Controllingbericht

**Personal- und
Versorgungsaufwand**

3. Quartal 2019

Abweichung ggü. Haushaltplan 2019
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	-1.630.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	-42.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	1.306.000 €
Gesamtveränderung	-366.000 €

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sowie der Gegenfinanzierung sind in der Anlage 1 erläutert.

Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

10/10/19

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
Allgemeiner Haushalt:	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung.	820.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2018 unter Berücksichtigung der Besoldungserhöhung von 3,1%.	-1.950.000
Beiträge Versorgungskasse Die Umlagegemeinschaft der Rheinische Versorgungskassen führt zu nicht kalkulierbaren Erstattungen oder Nachzahlungen, die es schwierig machen, den Ansatz realistisch zu kalkulieren. Auch in diesem Jahr erfolgte ein Nachzahlung sowie zu höheren monatlichen Abschlägen, so dass der Ansatz deutlich überschritten wird.	-500.000
Beihilfen Beamte haben im Krankheitsfall Anspruch auf Beihilfe, nach der bisherigen Entwicklung werden die veranschlagten Beihilfeaufwendungen vermutlich auskömmlich sein.	0
Summe	-1.630.000
Teilhaushalt Jugendamt:	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung.	176.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-169.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-49.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
Beihilfen	0
Summe	-42.000
<u>Personal im Jobcenter:</u>	
Personalaufwendungen Die vom Personalausschuss am 16.02.2016 beschlossenen 23 neuen Stellen für das Jobcenter konnten bislang durch das Jobcenter nicht alle besetzt werden. Darüber hinaus entstehen laufend Vakanzen aufgrund einer auch hier relativ hohen Fluktuation (Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit, Elternzeit etc.)	1.370.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-41.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-23.000
Beihilfen	0
Summe	1.306.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Volumen in €
(Kurzbeschreibung)	(soweit bezifferbar)
Die Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr ungewiss, weil viele Unwägbarkeiten aufgrund der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Verrechnungen bestehen. So kann insbesondere die versicherungsmathematische Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen durch die Rheinische Versorgungskasse das Ergebnis noch wesentlich verändern.	